

# GdP-Pressemitteilung

Nr. 30/2021, 13. Oktober 2021

## GdP im Land äußert sich zur Debatte über die Legalisierung von Cannabis

**Kunz: „Gefahren ernst nehmen. Es kommt auf die Rahmenbedingungen an!“**

Nach Auffassung der GdP Rheinland-Pfalz ist es für die Debatte über die Legalisierung von Cannabis wenig hilfreich, diese Diskussion „über`s Knie zu brechen“ und lediglich in ja/nein Kategorien zu denken. Fakt sei es, dass mit der offensichtlichen Übereinstimmung der drei aktuell auf Bundesebene über die Regierungsbeteiligung diskutierenden Parteien möglicherweise zu einer politischen Entscheidung kommen werde.

Die Landeschefin der GdP, Sabrina Kunz, hält aber auch nichts davon, die mahnenden Stimmen nicht ernst zu nehmen und warnt davor, die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessenslagen gegeneinander auszuspielen.

Kunz appelliert: „Die heutige Datenlage über den Konsum, die Zusammensetzung und Wirkungsweise von Cannabis hat sich zu der vor einigen Jahren weiterentwickelt und deutlich verändert. Aus diesem Grund könnten objektiv betrachtet einige Aspekte für eine Legalisierung sprechen. Die Rahmenbedingungen, wie dies praktisch und tatsächlich funktionieren soll, sind jedoch nicht hinreichend ausdiskutiert und bekannt. Hier ist es hilfreich, den polizeilichen Sach- und Fachverstand ernst zu nehmen.“

So sei es beim Konsum von Alkohol beispielsweise so, dass die Bürgerinnen und Bürger aufgeklärt genug seien, um gut einschätzen zu können, wann der Körper den Alkohol wieder abgebaut hat, um auch wieder fahrtüchtig am Straßenverkehr teilnehmen zu können. Dies sei bei Cannabis viel weniger der Fall. Auch die Wirkung eines akuten Konsums wirke sich auf das Fahrverhalten deutlich gefährlicher aus, als dies allseits vermutet wird. Die Erfahrungen der Polizistinnen und Polizisten im alltäglichen Dienst seien hier in jedem Fall ernst zu nehmen und bei der politischen Entscheidung mit zu berücksichtigen.



„Eine Legalisierung von Cannabis führt auch nicht automatisch zu einer Entlastung von Polizei und Justiz“, äußert sich Kunz weiter. Auch hier komme es auf die konkreten Rahmenbedingungen an. Der GdP im Land stellt sich die Frage, wie der Zugang zum Markt, wie z.B. Einfuhr und Herstellung, aber auch die Abgabe staatlich kontrolliert und reglementiert werden sollen. So sei eher davon auszugehen, dass Aufgaben von der Polizei beispielsweise auf den Zoll oder andere Stelle verlagert werden.

Die Gewerkschaftschefin betont: „Was meine Kolleginnen und Kollegen im Umgang mit unter Cannabiseinfluss stehenden Bürgerinnen und Bürgern an aggressivem, unkontrolliertem und in Teilen affektiven und sprunghaften Verhaltensweise erleben, ist in jedem Fall mit Vorsicht zu genießen und ernst zu nehmen. Hierbei handelt es sich zwar oftmals um Auswirkungen von Mischkonsum, also Cannabis in Verbindung mit Alkohol oder anderen Betäubungsmitteln. Aber genau deshalb brauchen wir auch jetzt schon eine ordentliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu diesen Themenbereichen. Fakt ist: Es gibt keine guten Drogen!“

*Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 10.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik.*

Bei Rückfragen steht Ihnen unsere Landesvorsitzende Sabrina Kunz gerne zur Verfügung:

**E-Mail:** [sabrina.kunz@gdp-rlp.de](mailto:sabrina.kunz@gdp-rlp.de)

**Mobil:** 0175/4143603

